

### **Es geht tatsächlich um mehr als Waffen.**

Wie der Artikel von Michel Burtscher in der AZ vom 9.4. richtig betitelt ist, geht es am 19.5. um mehr als um Waffen und die Formulare die man ausfüllen muss, um eine zu erwerben. Es geht um Fundamentales: Um das Vertrauen vom Staat in den Bürger, um die Rechtssicherheit und Eigentumsgarantie für legal erworbenes Gut und um die gesetzgeberische Hoheit in der Schweiz. Besteht die überhaupt noch, wenn wir jede unausgegrenzte Idee aus Brüssel unter Androhung von Vertragskündigungen übernehmen müssen?

Ich denke, wir machen uns das Leben unnötig schwer. Dass die Schengen-Dublin-Verträge Vorteile haben ist weitgehend unbestritten (auch wenn sie der Artikel in meinen Augen schon sehr rosig und optimistisch darstellt), aber die sind nicht von einem Ja am 19.5. abhängig. Bei einem Nein wird, wie im Artikel erwähnt, der gemischte Ausschuss eingesetzt und es gibt keinen Grund zur Annahme, dass keine Lösung gefunden würde: Das Interesse der Schengen-Länder an einem Verbleib der Schweiz im Abkommen ist grösser als umgekehrt. Die Schweiz zahlt nämlich über 100 Millionen an die Schengen-Kosten, 8% des Gesamtbudgets (bei 4% der Einwohner). Hunderttausende von Grenzgängern aus den Nachbarländern kommen jeden Tag in die Schweiz und wären die ersten die unter Grenzkontrollen leiden würden. Und die EU will Sicherheit – kein weisses SIS-Loch mitten in der Karte.

Und auch wir wollen Sicherheit und nicht 100-150 Polizisten dazu abbestellen, Waffenbürokratie im Büro zu bewältigen oder Magazingrößen in den Schiessständen zu kontrollieren nur um eine nutzlose Vorgabe aus Brüssel zu befriedigen.

Dr. Dimitrios Papadopoulos, 4310 Rheinfelden